

27. September - Wählen gehen !



Nach dem "erfolgreichen" Misstrauensvotum gegen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen Ende Juli und der damit verbundenen Auflösung des Landtages stehen nun vorzeitig am 27. September Landtagswahlen in Schleswig-Holstein bevor. Dies nahm die GdP zum Anlass, die zuletzt im Landtag vertretenen Parteien noch vor der Sommerpause mit Beginn des Wahlkampfes kurzfristig in drei Fragen zur Situation und zur weiteren Entwicklung der Landespolizei zu befragen. Die Antworten werden in Folge von drei Flyern veröffentlicht. Das Ganze kann aber auch in der September-Ausgabe der Deutschen Polizei nachgelesen werden.

Frage:

1992 hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wegen der besonderen Anforderung des Polizeiberufes die Einführung der **Zweigeteilten Laufbahn** zugesagt. Andere Länder haben das Projekt seit Jahren umgesetzt oder befinden sich in der Schlussphase der Umsetzung. Nach 17 Jahren folgendes Resümee: Bis auf wenige Ausnahmen gibt es die Zweigeteilte Laufbahn bei der Kriminal-, nicht aber bei der Schutzpolizei in Schleswig-Holstein. Hier ist der Anteil des mittleren Dienstes sogar noch gestiegen.

Wie verträgt sich Ihrer Meinung nach diese Situation mit dem immer höher werdenden Anspruch an qualifizierte Polizeiarbeit, zunehmenden Einsatzbelastungen, gesundheitlichen Anforderungen und der inzwischen 17 Jahre alten nicht verwirklichten politischen Zusage?

Die Realisierung der Zweigeteilten Laufbahn ist aufgrund der finanziellen Situation des Landes in absehbarer Zeit nicht umsetzbar. Wir wollen unsere Polizei zukunftssicher machen! Das erreichen wir durch mehr Durchlässigkeit in den Laufbahnzweigen und schnellere Aufstiegsmöglichkeiten zwischen den Laufbahngruppen und unterschiedlichen Einstiegsämtern im Erfahrungsberuf Polizei. Wir werden für eine aufgabengerechte Bezahlung unserer Polizei durch ein verbindliches Personalkonzept sorgen, welches insbesondere dem operativen Dienst verlässliche Chancen und Perspektiven eröffnet.

Zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit sind hoch motivierte Polizeibeamte erforderlich. Aus diesem Grund setzt sich die SPD auch weiterhin dafür ein, die Polizistinnen und Polizisten angemessen zu bezahlen und durch ein zukunftsfähiges Personalkonzept die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten. Wir müssen aber auch sehen, dass die Polizei als Bürgerpolizei nicht nur für Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss offen steht.

Nach dem derzeitigen Stand wird auch eine von der FDP geführte Regierung nicht in der Lage sein, auf absehbare Zeit auf Einstellungen im mittleren Dienst zu verzichten. Die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn wird daher voraussichtlich kein Wahlziel der FDP für die kommende Legislaturperiode sein. Die Möglichkeit zur Umsetzung wird abhängig von den künftigen Konjunkturdaten und den Einnahmen des Landes sein. Die FDP wird sich für eine aufgabengerechte Besoldung einsetzen mit der Priorität, Beförderungen zu sichern. Hier müssen verbindliche und verlässliche Regelungen für die Polizeibeamtinnen und -beamten geschaffen werden.

Wir sind in dieser Frage gespalten. Denn es wäre schade, den Polizeidienst völlig für Realschülerinnen und Realschüler dicht zu machen. Sinnvoller wäre es aus unserer Sicht, die Durchlässigkeit weiter zu steigern, sodass mehr Möglichkeiten bestehen, in den gehobenen Dienst (uns natürlich ggf. auch in den höheren Dienst) aufzusteigen. Auch das setzt allerdings eine Verbesserung des Stellenkegels voraus.

Der SSW hat von Anfang an die konsequente Einführung der Zweigeteilten Laufbahn unterstützt. Dass die Regierungen des Landes Schleswig-Holstein nach 17 Jahren die Zweigeteilte Laufbahn noch immer nicht umgesetzt haben, ist ein Trauerspiel. Aus Sicht des SSW gibt es keine sachlichen Gründe für eine Unterscheidung zwischen der Arbeit der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei, sodass wir noch immer zu der grundsätzlichen Entscheidung stehen, dass die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die Polizei als Ganzes zu Ende geführt werden muss.

Wir wollen die Schaffung flexibler Aufbau- und Ablauforganisationen mit effizienten Strukturen für die Landespolizei und einen weitestgehenden Verzicht auf den Einsatz von Polizeivollzugsbeamten in der Stabs- und Verwaltungsarbeit.

Der SSW sieht jedoch das Problem, dass die finanzielle Lage des schleswig-holsteinischen Haushaltes eine kurz- und wohl auch mittelfristige Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn nicht zulässt. Vor diesem Hintergrund ist es unserer Auffassung nach unabdingbar, eine aufgabengerechte Bezahlung einzufordern, um den Polizistinnen und Polizisten eine berufliche Perspektive zu bieten. Bei der Polizei gibt es bekanntlich vielfältigste Aufgaben für Personen mit Studium oder aus dem mittleren Dienst – die Politik trägt mit anderen Worten die Verantwortung dafür, dass hier ausreichend Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden.

Flugblatt Nr. 112 / 71.00 vom 31. August 2009
Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Schleswig-Holstein -
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel,
Telefon: 04 31 - 1 70 91, Telefax: 04 31 - 1 70 92,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

(Anmerkung: Da das Wahlprogramm der FDP erst auf dem Landesparteitag am 06.09.09 endgültig verabschiedet wird, ist die o.a. Antwort der derzeitige Stand der Diskussion und steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses durch den Landesparteitag.)